

Fremde Federn: Marco Buschmann

Schäfflers Rettungsschirm

Europäischer Stabilitätsmechanismus – kurz: ESM! Der Euro-Rettungsschirm! Kaum ein anderes Schlagwort bewegt die Gemüter in der deutschen Politik derzeit mehr als dieses. Dem wohl prominentesten Kritiker des ESM, Frank Schäffler (FDP), wird häufig vorgeworfen, er biete keine Alternative an. Doch das stimmt nicht. In dieser Zeitung hat er seinen Lösungsvorschlag vorgestellt. Es lohnt sich, ihn genau zu studieren. Denn nach der Lektüre kann jeder erkennen, dass diese „Alternative“ zum ESM keinesfalls vorzuzugswürdig ist.

Schäffler lehnt im Kern jegliche Stützungsmaßnahmen für Staaten oder Banken ab. Die Folgen sind ihm bewusst. Er schreibt: Natürlich kann dieser Umgang „mit einer insolventen Bank A dazu führen, dass eine andere Bank B Insolvenz anmelden muss. Da natürlich auch eine Bank C und weitere Banken durch die Insolvenzen der Banken A und B Insolvenz anmelden müssen könnten, kann das skizzierte Szenario dazu führen, dass das gesamte überschuldete Teilreservebankensystem abgewickelt werden könnte.“

Schäffler akzeptiert also die Analyse, dass er eine Kettenreaktion im europäischen Finanzsystem auslösen könnte. Er nimmt sogar billigend in Kauf, dass es zur Kernschmelze kommt: Er steht offen dazu, dass sämtliche Banken, die Spareinlagen entgegennehmen und dar-

aus Kredite zur Verfügung stellen (nichts anderes nämlich sind so genannte Teilreservebanken), kippen könnten. Dieses Geschäftsmodell betreiben übrigens insbesondere die bislang sehr stabilen Genossenschaftsbanken und Sparkassen, die nichts mit den in Teilen der Bevölkerung verhassten Investment-Banken gemein haben.

Was aber setzt Schäffler einem solchen Horrorszenario der Banken-Insolvenzen entgegen? Wie möchte er den Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs verhindern, der eine Lebensader der Realwirtschaft und des täglichen Lebens der Menschen ist? Wie möchte er dem gefürchteten Banken-Run entgegenwirken, also dem Ansturm der Kunden, die aus Angst vor einer Insolvenz ihrer Bank ihre Konten leer räumen und so selbst gesunde Institute in den Ruin treiben? Wie möchte er uns vor diesem Phänomen schützen, das die Weltwirtschaft in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts in den Abgrund gerissen hat?

Seine Antwort lautet nicht „kein Rettungsschirm“, sondern sein eigener Rettungsschirm: „Der Staat übernimmt eine Garantie für die privaten Spareinlagen und für die Kredite an Unternehmen.“ Ob diese Maßnahme funktionieren wird, darf mit Recht bezweifelt werden. Sie entspricht dem Lösungsversuch der großen Koalition: Im Oktober 2008 erklärten Bundeskanzlerin Merkel und der damalige Finanzminister Steinbrück

den Deutschen: „Die Spareinlagen sind sicher.“ Die Bundesregierung stehe für sie ein. Aber einer solchen Garantie fehlt die Glaubwürdigkeit am Markt. Denn sie überforderte im Ernstfall die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates. Spätestens als 2010 die „noa bank“ zusammenbrach, konnte jeder erkennen, dass eine solche Garantie kein sicherer Hafen ist. Denn der Bundesfinanzminister lehnte eine Entschädigung der Sparer durch den Bund ab. 2008 nannte Schäffler diese Garantie auch noch eine „Beruhigungsspielle“. Heute schlägt er sie selbst als angeblich wirksames Therapeutikum vor.

Schäfflers Rettungsschirm würde dem Steuerzahler noch viel gewaltigere Risiken auflasten als der ESM! Der ESM kann höchstens Finanzhilfen mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro ausreichen, also zur Verfügung stellen. Deutschland haftet davon für maximal 211 Milliarden Euro der Netto-Hilfen. Folgte man Schäfflers Vorschlag, so wäre das Risiko für den Steuerzahler um ein Vielfaches höher: Ende 2007 betrug die Summe der deutschen Spareinlagen nach Angaben des Bundesfinanzministeriums knapp 1600 Milliarden Euro. Dafür müsste nach Schäffler der Steuerzahler bürgen. Statt 211 Milliarden Euro dann 1600 Milliarden Euro! Die Risiken von Schäfflers Rettungsschirm wären für den deutschen Steuerzahler allein in Bezug auf die Spareinlagen also fast

achtmal so gewaltig wie die des ESM! Noch nicht eingerechnet sind dabei die Kredite an Unternehmen, die ebenfalls durch den Steuerzahler abgedeckt werden sollen. Irland hat übrigens versucht, auf ähnliche Weise sein Finanzsystem zu retten. Die Regierung gab eine Garantie für die Verbindlichkeiten der Banken ab und ist so selber zum Krisenfall geworden.

Es ist gut, dass wir in der Öffentlichkeit nun endlich über konkrete Alternativen zum ESM diskutieren. Das trägt zur Versachlichung bei. Bislang ist die öffentliche Debatte eher von dem verstandlichen Unmut über die unverantwortliche Schuldenpolitik einiger Euro-Staaten und die Zerstörung der Maastricht-Kriterien durch die Regierung Schröder/Fischer geprägt. Aber nun liegen die Alternativen auf dem Tisch! Wir haben die Chance auf eine Debatte über die vernünftige und kluge Abwägung unter den verschiedenen Möglichkeiten. Vielleicht kristallisieren sich Verbesserungsvorschläge heraus, die sich die Politik zu eigen machen sollte. Für Schäfflers Rettungsschirm gilt das allerdings nicht: Er ist nicht glaubwürdig und belastet den deutschen Steuerzahler mit einem vielfachen Risiko dessen, was der ESM bedeutet. Das muss jedem klar sein.

Der Verfasser ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht der FDP-Bundestagsfraktion.